

DER STADTRAT ELLRICH**Vorlage zum Beschluss-Nr. 309-19/24**

Vorlage wurde ohne Änderungen am zum Beschluss erhoben

1. Bezeichnung des Beschlusses	Überplanmäßige Ausgabe Kindergärten - Zahlung an Gemeinden
2. Beschlusstext:	Der Stadtrat der Stadt Ellrich beschließt die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 47.200,00 EUR.
3. Einreicher	Der Bürgermeister
4. Begründung der Zuständigkeit des Stadtrates (Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen wurde die Beschlussvorlage erarbeitet?)	ThürKO vom 28.01.2003 in der jeweils geltenden Fassung
5. Welche Beschlüsse müssen aufgrund der o. g. Beschlussvorlage aufgehoben bzw. ergänzt werden?	Keine
6. a) Mit welchem Personenkreis wurde die Beschlussvorlage beraten b) Mit wem soll sie beraten werden?	Finanzausschuss am 02.11.2023 Hauptausschuss am 06.11.2023
7. Welche absehbaren finanziellen Auswirkungen hat die Beschlussvorlage?	Ausgaben in Höhe von 47.200,00 EUR
8. Veröffentlichung des Beschlusses?	Ja
9. Verteiler	Alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister

AbstimmungsergebnisGesetzliche Anzahl Stadtratsmitglieder: 20 + 1
davon anwesend:

Ja – Stimmen:	
Nein – Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Folgende Mitglieder waren nach § 38 ThürKO von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen: keine

Der Beschluss wurde somit angenommen.

Henry Pasenow
Bürgermeister

Begründung zum **Beschluss Nr.: 309-19/24**

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Ellrich beschließt die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 47.200,00 EUR.

Begründung:

Mit Schreiben aus September 2023 von der Stadt Nordhausen wurde die Stadt Ellrich informiert, dass seit August drei weitere Kinder aus der Einheitsgemeinde eine Kindertageseinrichtung in Nordhausen besuchen. Weiterhin haben die Gemeinden Hohenstein und Harztor je ein weiteres Kind aus der Einheitsgemeinde Ellrich in einer Kindertageseinrichtung aufgenommen. Demnach werden die Ausgaben auf der Haushaltsstelle 46400.71200 (Zahlung an Gemeinden) den Planansatz übersteigen.

Insgesamt ist eine Kalkulation dieser Haushaltsstelle im Zuge der Haushaltsplanung aufgrund fehlender Informationen über künftige Kinder in Fremdkommunen erschwert.

Hinzu kommen weitere Kinder, die entgegengesetzt der ursprünglichen Kalkulation länger in den Einrichtungen verbleiben, da sie u. a. nicht eingeschult wurden.

Insofern ergibt sich die sachliche sowie zeitliche Unabweisbarkeit aus der gesetzlichen Verankerung des Wunsch- und Wahlrechtes und damit der Verpflichtung zur Zahlung infolge der Rechnungsstellung der jeweiligen Fremdkommune.

Die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 47.200,00 EUR basiert auf den aktuellen Berechnungstabellen betreffend der Kinder in Fremdkommunen und damit auf einer sorgfältigen Schätzung der zu leistenden Ausgaben bis 31. Dezember 2023.

Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe erfolgt durch Mehreinnahmen sowie Einsparungen bei den folgenden Haushaltsstellen und in der folgenden Höhe:

– HHSt. 46400.16200	Erstattung Betriebskosten Gemeinden	18.100,00 EUR
– HHSt. 46400.17110	Zuweisung beitragsfreies KiTa-Jahr	22.340,84 EUR
– HHSt. 46400.41400	Pädagogische Personalkosten – Entgelt Arbeitnehmer	6.759,16 EUR

Die Mehreinnahmen auf der Haushaltsstelle 46400.16200 gründen auf neuen Anmeldungen von Kindern aus anderen Gemeinden aufgrund des Wunsch- und Wahlrechtes und damit auf einer sorgfältigen Betrachtung der zu erwartenden Einnahmen im weiteren Jahresverlauf.

Die Mehreinnahmen auf der Haushaltsstelle 46400.17110 basieren auf den im Vergleich zur Kalkulation für die Haushaltsplanung 2023 höheren Ausgleichszahlungen für den Einnahmeverlust durch die Elternbeitragsfreiheit betreffend der 5 und 6-Jährigen gemäß § 30 Abs. 4 Thüringer Kindergartengesetz (-ThürKigaG-).

Die Einsparungen auf der Haushaltsstelle 46400.41400 basieren insbesondere auf pädagogischen Fachkräften, die aufgrund der Anwendung des Mutterschutzgesetzes momentan nicht im Dienst sind.

Die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 47.200,00 EUR greift nicht erheblich in den Gesamtzusammenhang des Haushaltsvollzuges ein.

Demnach sind die Unabweisbarkeit, die Gewährleistung der Deckung sowie die Unerheblichkeit gegeben, sodass die Voraussetzungen für die Zulässigkeit der überplanmäßigen Ausgabe vorliegen.

Henry Pasenow
Bürgermeister